

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Feder, Witten, Kunst
form der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringens monatlich 80 Pf.
Durch den Postbezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Czechoslovakien 3.00. — Preisliste liegt mit Aufnahme des Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14. II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Dr. Zwingerstraße 14. Tel. 1763.
Veröffentlichung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Perzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Voranz zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung.

Nr. 14.

Dresden, Mittwoch den 19. Januar 1910.

21. Jahrg.

Die Mansfelder Maschinengewehre vor dem Reichstage.

Wir haben uns mit der Tatsache abgefunden, daß zurzeit
an der Spitze der für die Sozialpolitik zuständigen Reichskommission
des Innern zwei Scherzwächer von reinster Kalte
stehen: der Staatssekretär Delbrück und noch mehr der Unter-
staatssekretär Dr. Richter. Sie arbeiten bewußt und planmäßig
darauf hin, daß ihnen anvertraute Amt von dem „Verdacht“ der
Arbeiterfreundlichkeit zu befreien, in den es früher, unter Vor-
behalt, wenn auch in beachtlichem Maße, gekommen war. Lassen
sie in ihrer Verwaltung keine Gelegenheit vorübergehen, um die Rechte
der Arbeiterklasse zu beschneiden, beschränken auch ihr parlamentarisches
Kulturreich jener Absicht. Mit offener Hand beschneiden sie die Rechte
der Staatssekretäre die ihm vorgelegten Interpellationen, indem
er von einem Blatt Papier abliest nicht zureichende Erklärungen
ablieft, die sich regelmäßig auf überflüssige Erörterungen über
die „Zuständigkeit“ beziehen. Im Grunde genommen ist diese
Art zu antworten nicht minder verwerflich wie das hartnäckige
Schweigen des Reichskanzlers, der sich, man muß schon
sagen: natürlich, auch am Dienstag den 18. Januar wieder
der Verantwortung der sozialdemokratischen Interpellation über
die Verwendung von Militär zur Unterdrückung des Mansfelder
Streiks entzogen hatte.

Wir brauchen hier nicht noch einmal die Geschichte des
Riesentempels im Mansfelder Reviere zu erzählen: das aufregende
Schauspiel, wie eine von einer einzigen Gesellschaft abhängige,
jahrzehntlang durch konservative Beamtenleiter geleitete Arbeiter-
gesellschaft sich gegen unerbittlichen Druck entschloß und in wahrhaft
glänzender Selbstbeherrschung ruhig zur Wehr setzte, hastet unseren
Lesern noch im Gedächtnis. Sie finden auch in der an anderer
Stelle dieses Blattes abgedruckten Rede des Abgeordneten S a c h e
das Material, um sich noch einmal das grandiose Bild vor Augen
zu stellen.

Bei der Interpellation handelte es sich um die Frage, wie
das Konventionsrecht gegen militärische Unterdrückung sichergestellt
werden kann. Das ist natürlich nicht mit der Beratung auf
irgendeine alle Kompetenzbestimmung zu beantworten. Wir
werden in das Herz der ganzen Arbeiterfrage hineingeführt.
Nur wo der Hebel vor dem Selbstbestimmungsrecht mündiger
Männer zu einem unerwünschten Grundgesetz der Verwaltung
geworden ist, wird die Gefahr vermieden werden können, daß
die ungeliebten Nachmittage des modernen Staates in einem Vorkampfe
einseitig zugunsten der Unternehmer eingeleitet werden.
Da dieser Hebel in unsern Verwaltungsbehörden nicht liegt, da
sie im Gegenteil nach dem Vorbilde des Delbrück, Bethmann,
Kroetz und Konowen in den Beamten und nun gar erst in den
Arbeitern eine zum Gehorsam verpflichtete Klasse sehen, so ent-
scheidet das militärische Eingreifen in Arbeiterkämpfe dem heut-
herrschenden System einer Regierung, die nicht ist als der Aus-
schuß der großkapitalistischen und junkerlichen Klassen. Das deutsche
Volk muß alles daran setzen, um den Putschkronen ein für allemal
die planmäßige Beschränkung kapitalistischer Interessen und die
Wahrung der Arbeiterrechte auszutreiben. Das hat ihnen und
den bürgerlichen Parteien der Abgeordnete Sachse auch noch Ge-
währe zu Gemüte geführt.

Da bei einer Interpellation keine Beschlüsse gefaßt werden,
so wäre die Verhandlung nach der Abrechnung und den verletzten
Entschuldigungsversuchen der Minister wohl ohne Interesse zu
regnen — denn die Kapuzinaden des konventionellen Aristokraten
Das Bündel, der sich nun auf einmal zu seinem blauen Entsetzen
durch die Sozialdemokratie in Wankfeld bedroht sieht, sind belang-
los — wenn nicht der Zentrumsgewaltigen Dr. H e i t z e r, der
Führer der so genannten katholischen Hochherren, die Gelegen-
heit benutzt hätte, um der Sozialdemokratie in die Hände zu fallen.
Dieser würdige Arbeitervertreter, den sein Fraktionskollege G r e s-
s e i t s aus tiefer Kenntnis der Sitten und Verionen als einen
Führer der Welken bezeugt hat, hielt es für anständig,
eine Stunde lang über angebliche Ausdrucksformen der Sozial-
demokratie verantwortlich zu machen. Wir können dem Tropf
für diese Rede nur dankbar sein, beklagt sie doch wie ein
Schmerer er seine eigene Arbeiterfreundlichkeit. Zur Sache selbst
ist zu bemerken, daß die Sozialdemokratie, wenn schon Aus-
drucksformen vorgekommen wären, ganz gewiß nicht verant-
wortlich ist; sie hätte ja bisher so gut wie gar keinen Einfluß
auf die Mansfelder Bergarbeiter; die fanden unter dem Einfluß
der Plebscher, Kradt und ähnlicher „Potenzen“. Doch dieser
Einfluß nicht gering gewirkt hat, nimmt auch nach dem Kulturreich
des Arbeitervereins im Reichstage nicht wunder. Jedem
über kann der Arbeiterklasse ein offener und ehrlicher Feind sein,
als ein jeuitischer Schleicher und Judas von der Seite dieses
Hochbereders. Erst dann können wir wirklich an eine Scher-
zung der Arbeiterrechte im Land wie im Reich denken, wenn
wir mit dieser Sorte von „Arbeiterfreunden“ ein für allemal auf-
gedacht haben.

Indiens Kampf.

In der letzten Hälfte des vergangenen Jahres hat Eng-
land manchen Verdruß an seinen indischen Untertanen erleben
müssen: Anfang Juli ermordete der junge indische Student
Dingara in London einen hohen englisch-indischen Beamten,
nicht lange darauf erfolgte ein Attentatsversuch gegen den Vice-
könig Earl of Minto in seiner indischen Residenz, im Anschluß
daran Attentate gegen indisch-englische Beamte in Indien, und
in der Weihnachtswoche wiederum wurde gewissermaßen als
blutige Glosierung des abgedroschenen Sanselwortes „Friede
auf Erden“ die Ermordung des englischen Konsultors Jackson
aus Bombay gemeldet.

Die Sozialdemokratie glorifiziert den politischen Nord
gewiß nicht. Wir wissen, daß mit der Vorseitigung einer Ver-
söhnlichkeit das in ihr verarbeitete System noch lange nicht fällt.
Aber wir lassen die Gedächtnis auf als eine Gemeinschaft
einander bekämpfender Klassen und Gruppen, aus denen
der Attentäter nur als Blendenführer einer menschlichen
Gruppe hervortritt. Die Kajifation bewahrt und bewahrt
dem politischen Attentäter von bürgerlich-moralischen Stand-
punkte aus zu studieren, da der politische Nord seinen Grund
nicht in einer besonderen Bosartigkeit des Täters, sondern in
der Bosartigkeit eines Systems hat. Darum halten wir auch
die Repressalien für lächerlich, die die englische Regierung jetzt
in Indien nach berechtigten Mustern anwendet. Aus Kalkutta
wird gemeldet, daß das Aufstandsgesetz über das ganze Britisch-
Indien ausgedehnt worden ist und daß als selbstverständliche
Golge der verhängnisvolle Bisefönig täglich Drohbrieft erhält.

Es gehört schon die Kurzsichtigkeit einer modernen Re-
gierung dazu, um nicht einzusehen, daß die indische Krise nicht
mit Gewalttaten zu heilen ist. Schon der Sepoy-Aufstand von
1857 bewies mit Blut und Feuer, daß die ausgepörrten In-
dianer erwachen, um die englische Ausbeuterherrschaft
abzuschütteln. Vom englischen Thron aus wurden damals
den annähernd 300 Millionen zählenden Indiern freilich
Reformen angekündigt, ohne daß den Versprechungen ernst-
hafte Systemänderungen folgten. Das Stückchen lokaler
Selbstverwaltung, das noch besteht, wird durch die Allmacht des
Distriktsbeamten null und nichtig gemacht. Der englische
Sozialist Keir Hardie erzählt in einem Buche über Indien von
der Sitzung einer Lokalverwaltung in Madras, der er be-
zweifelte. Es handelte sich in dieser Sitzung um den Bau einer
Eisenbahn, für die die Volkvertreter die Bewilligung einer
passenden Schienenart vorgelesen hatten. Da aber die Re-
gierung eine große Menge unbrauchbarer Schienen beschaf-
fete, wurde die Lokalverwaltung gezwungen, sie der Regierung ab-
zukaufen. Der Distriktsbeamte, der in den Sitzungen dieser
Körperschaften stets den Vortritt führt, tröstete die Vertreter des
Volkes damit, daß sie die Schienen ja in dreißig Jahren wieder
aufzuteilen könnten!

Das Leitmotiv des indischen Kampfes jedoch sind
Hunger und Pein. Der von den englischen Grundbesitzern aus-
geübte indische Bauer trägt am Hungerleid, keine Kräfte erladium
und das ataubalste Gewand, die Pein, hat ein leichtes Spiel mit ihm.
Die Regierung sagt, es sei die Rote und der auf ihre lebende
Fleisch, die an der Verbreitung der Pest schuld sind. Unter
Genosse Keir Hardie hat auch dieses Ratten- und Flohargument
gerissen, indem er in seinem Buche sagt, daß es die H u n g e r
a t t e und der R e g i e r u n g s f l o h sind, die das Unheil
ausbreiten. Genoss haben auch früher, bevor noch die Engländer
Indien besetzt hatten, Hungerkrisen und Epidemien in Indien
gemüht, aber das Unheil trat doch nicht so verheerend auf
wie heute, wo kapitalistische Methoden selbst in Zeiten der
Hungersnot Millionen von Tausenden aus dem Lande führen
und wo ein unendlich kostspieliger Veantennaparat
und ein gefährlicher Militarismus dem Volke jede Hoff-
nung auf Besserung in den letzten Erntejahren nehmen. Der
frühere indische Despot war schließlich doch ein Mensch, die
jetzige Regierung ist eine M a s c h i n e, die von London aus
in Bewegung gesetzt wird. Die früheren Herrscher hatten ein
Interesse daran, daß ihr Volk nicht verblute, und zogen ihre
Steuern, deren Höhe sich nach dem Ertrag der Ernte richtete,
in Naturalien ein; die jetzigen Grundbesitzer fordern eine G e l d -
s a h l u n g, und unter diesem System wird der indische Bauer
ärmer und ärmer.

Dazu kommt die Ausbeutung des städtischen Proletariats
durch die englische Industrie. Die Zahl der Fabriken und der
in ihnen beschäftigten Personen ist im letzten Jahrzehnt be-
deutend gestiegen. So die Baumwoll- und Juteabriken von
186 auf 217; die Goldminen von 17 auf 33, Eisenbergwerke
von 53 auf 74.

Der Trotz, mit dem sich der englische Imperialist über
die Proletarisierung und Ausbeutung Indiens hinwegsetzt,
ist dieselbe Behauptung, die die Kapitalisten aller Länder für
ihre Kolonialbesitze auf der Welt haben: daß man den Ein-
geborenen die Kultur gebracht habe. Die besten Kenner Indiens
dagegen versichern, daß das Schulwesen unter dem alten
Terrorismus mit seiner Schule, Versammlung und Gericht, als
der Regierungsbearbeiter noch nicht alle die verschiedenen Funk-
tionen in sich aufgeschlossen hatte, ein weit besseres war als heute.
Nimmerhin hatte die Errichtung englischer Schulen ein Gutes;
ein Teil der indischen Jugend wurde in die Gedankenwelt des

Westens eingeführt. Außerdem weckte die wirtschaftliche Um-
wälzung den Geist und erhöhte das Selbstbewußtsein der ge-
bildeten und wohlhabenden Hindu, die nach und nach das Ent-
würdigende und Drückende der Fremdherrschaft einsehen und
eine Reformbewegung ins Leben riefen. Die englische Sprache,
die die jungen Leute der an Sprache und Kultur vertriebenen
Völkern in den Schulen lernten, gab ihnen das Mittel,
sich zu verständigen, gemeinsame politische Ideale und eine
nationalistische Presse zu entwickeln. Die Vertreter dieser
Schichten kommen seit mehr als zwanzig Jahren zu Kongressen
zusammen, wo sie ihre Wünsche formulieren und beschreiben.
In den letzten vier Jahren sind diese Wünsche schärfer und
revolutionärer geworden. Zwar gibt es auch in Indien ge-
mäßigte Reformen und Revolutionäre, allen gemeinsam jedoch
ist der Haß gegen die jetzige Regierungswelt. So konnte es
kommen, daß erst kürzlich einer unserer englischen Genossen
eine Agitationstour durch Indien unternahm und daß seine
Versammlungen von indischen Intellektuellen und Proletariats
gefällt waren; ein Publikum, das die befreiende sozialistische
Idee mit Begeisterung hinnahm.

Die kapitalistische Fremdherrschaft hat die indischen
Völker in Bewegung gesetzt wie längst erst ihre asiatischen
Nachbarn, die Japaner, Chinesen, Perser. Und wenn die
englische Regierung wohlfeile liberale Reformversprechungen
nicht bald verwirklicht, wird im alten Reich der Brahmanen
noch manche revolutionäre Tat geboren werden.

Kalkutta, 18. Januar. Beim Einmarsch eines Eng-
lischen Regiments wurden verhaftet. Sie sollen indische
Revolutionäre ins Regiment eingeschmuggelt haben. Die Straf-
verurteilung des Regiments erfolgt wahrscheinlich nach dem
oben der Insel Berlin.

Deutsches Reich.

Vom deutsch-portugiesischen Handelsvertrag.

Die portugiesische Regierung läßt das Gerücht dementieren,
sie beabsichtige eine Änderung des deutsch-portugiesischen Handels-
vertrages zugunsten Deutschlands. Das B. L. D. meldet aus
Lissabon: Gegen den Lissabener Diario de Noticias, der in
einer Berliner Chronik Deutschland empfohlen hatte, erneut mit
Portugal über die Revision des Handelsvertrages in Verbindung
zu treten, schreibt das amtliche Organ des gegenwärtigen portu-
giesischen Ministeriums Correio de Notte: Wir sind zu der
Erklärung ermächtigt, daß die portugiesische Regierung niemals
daran gedacht hat, die dem Handelsvertrag mit Deutschland be-
gegebenen Tarife zu ändern oder die einer Erhöhung der Zoll-
sätze in Tarif A gezogenen Grenzen herabzusetzen. Die in die
Öffentlichkeit gelangten Informationen über eine Bereitwilligkeit
zur Abänderung des Tarifs A oder irgendeines anderen Ver-
tragspunktes sind unbegründet.

Südwestafrikanische Eisenbahnfragen.

In der Budgetkommission des Reichstages han-
deln am Dienstag die Bahnfragen in Südwestafrika zur Verhand-
lung. Der Reichstagsrat über die Uebernahme der
Bahn betriebs der Ostbahn, des Ausbaues der Strecke Karibib-
Windhub und der Fortsetzung des Baues der Nordbahn zugleich
Windhub und Heringshaagen, die bei Süd ungefähr den Zu-
sammenstoß bilden sollen. Die jetzige Bahn Karibib-
Windhub sei gar keine Bahn, höchstens eine Karibibbahn. Der Reichstagsrat
schlug vor, diese durch das Abhängige in Windhub auf das dortige
Platzmotive vornehmen zu führen. Zum Erfolg verlangt die Regierung
den Ankauf der Ostbahn. Der Staatssekretär möge den
Vertrag vorlegen. Man verlange von anderer Seite eine andere
Regelung, als durch Kauf und Weiterverpachtung. Ein Bedenken
erregte die 60-Zentimeter-Spur trotz aller sonstigen guten Eigen-
schaften der Bahn. Reichlich sieht der Vertrag die Herstellung einer
briten Schiene vor, die dann die Karibibbahn betreffe. Gegen den
Ankauf der Strecke Karibib-Windhub sei wohl niemand. Dieser
sowie der Bau des nördlichen Teiles der Nordbahn werden durch
denselben Unternehmer ausgeführt, während der Bau des südlichen
Teiles der letzten Bahn durch einen anderen Unternehmer erfolgen
soll. Hiermit erklärt sich der Reichstagsrat einverstanden, ebenso der
Reichstagsrat.

Darauf nahm Staatssekretär D e r n b u r g zu längeren Aus-
führungen das Wort. Die moralische Wirkung der Diamantenfrage
sei keine sehr erwünschte, da Spekulationsfieber an Stelle der Ar-
beitslust trete und das Rechtsgefühl verliere werde. Es solle der
Erwerb aus den Diamanten der gesamten Kolonie, nicht den Dia-
mantengebirgen allein zugute kommen. Es müßten die für Befreiung
des Landes vorzuleistenden Bahnen gebaut werden. Der
Diamantenerwerb könne ein Ende nehmen. Man
habe gefunden, daß Konzeptionen und Monopole nicht
zum Vorteil des Schutzbereiches vorgehen seien;
das Schutzbereich von allem aber sei die Diamantbahn, und Diamant-
Kommission. Wenn 47 Jahre über man noch in den Händen der
Schuldhaft und 10 Prozent Reinertrag sei ihr außerdem gezahlt. Sie
lege die Tarife nach eigenem Ermessen fest, dabei für sich selbst so
niedrig, daß die 10 Prozent, bei denen Ueberlieferung eine Quasi-
leistung der Tarife vorgegeben sei, von anderen bezahlt werden müßten.
Die Regierung beabsichtigt die Erlangung dieser Tarife, wobei die
Mineralprodukte nicht bezugetzt müßten. Das Reich würde ein gutes
Geschäft, es bekomme eine gute Bahn, käufe ein Tarifmonopol fort,
ermöglichte die Finanzierung der Nordbahn und erhöhte 4% Bei-
halten in zehn Jahren; was da der andere etwa verliere, sei gleich-
gültig.

Ein Vertreter der Nationalliberalen wünschte grund-
sätzlich die Erneuerung aller Kolonialbahnen. Viel mehr wäre wohl